

Autoritäre Reflexe

Grüne Politiker offenbaren gerade ein eigenartiges Verständnis von Pressefreiheit

LUCIEN SCHERRER

Silke Mertins ist schon lange Journalistin, sie schreibt, kommentiert und provoziert zuweilen auch, in der linken deutschen «Tageszeitung» und in der bürgerlichen «NZZ am Sonntag». Doch was sie kürzlich in den sozialen Netzwerken an Verleumdungen und Beschimpfungen einstecken musste, war, wie sie es selber ausdrückt, beispiellos. Der grüne Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin etwa erklärte seinen über 100 000 Followern auf Twitter, Silke Mertins sei ein «rechter Troll». Wobei «rechter Troll» in Trittins Jargon ungefähr gleichbedeutend ist mit dem Etikett «Fascho», das er ebenfalls gerne verteilt. Die Hamburger Spitzenkandidatin Katharina Beck warf der Autorin vor, viel Meinung und wenig Kompetenz zu haben, andere beschimpften sie als Antifeministin und Steigbügelhalterin des Patriarchats.

«Politisch zu unreif»

Grund für den Wutausbruch war ein «TAZ»-Kommentar, in dem Mertins die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock zum Rückzug auffordert. «Baerbock ist an ihrem eigenen Ehrgeiz gescheitert», so heisst es da, sie sei «zu jung, zu unerfahren und politisch zu unreif». Nun solle sie das Feld ihrem kompetenteren Parteigenossen Robert Habeck überlassen. Der Kommentar ist zweifellos hart, angesichts der zahlreichen Fehlritte Baerbocks jedoch nachvollziehbar, gerade aus rot-grüner «TAZ»-Sicht. Denn Baerbock hat bekanntlich auch in den eigenen Reihen ein Glaubwürdigkeitsproblem. Zuerst sorgte sie mit viel zu spät gemeldeten Nebeneinkünften für Irritationen, dann mit einem mehrfach aufgehübschten Lebenslauf und zuletzt mit einem aus nicht deklarierten Fremdzitaten zusammengeschnittenen Buch.

Silke Mertins lässt in ihrem Kommentar keinen Zweifel daran, dass sie den Grünen nicht schaden, sondern ihnen grösseren Schaden ersparen will. Dass manche Grüne selbst auf derartige Kritik mit Verleumdungen und Diffamierungen reagieren, könnte man mit der wachsenden Nervosität erklären, mit der Angst vor einem enttäuschenden Wahlergebnis oder mit der inneren Erkenntnis, dass Leute wie Mertins eigentlich recht haben. Allerdings ist es nicht das erste Mal, dass nach eigenem Dafürhalten antiautoritäre Grüne im Umgang mit den Medien in autoritären Reflexe verfallen. Silke Mertins drückt es so aus: «Sie fühlen sich immer im Recht, und sie glauben, man dürfe sie nicht kritisieren und sich über sie lustig machen. Da sind viele von ihnen schlimmer als andere Parteivertreter.»

Tatsächlich ist das Verhältnis zwischen Politikern und Medien traditionell von Opportunismus und Doppelmoral geprägt. Aus Sicht vieler Politiker sind freie Medien etwas Gutes, solange die Medienschaffenden die «Richtigen» kritisieren und den eigenen Zielen dienen. Dann sind Journalisten objektiv und fundiert. Trifft die Kritik jedoch die «Falschen», ist schnell von Polemik, Kampagne und Schlimmerem die Rede, selbst wenn die Kritik fundiert ist.

Hang zur Überempfindlichkeit

Diese Haltung gegenüber den Medien ist kein grünes, sondern ein parteiübergreifendes Phänomen. Bei den Grünen kommen jedoch mehrere Faktoren hinzu, die den Hang zur Überempfindlichkeit und zum autoritären Gebaren begünstigen. Ein entscheidender Faktor sind die Medien selber: Viele von ihnen haben die Grünen in den letzten Jahren hofiert und sie in der Ansicht bestärkt, dass die Fähigkeit, mit Kritik umzugehen, eine Gabe sei, die vor allem von Kritikern der Grünen einzufordern sei.

Die Schlagzeilen, mit denen Annalena Baerbock vor ihren Misstritten gewürdigt wurde – «Endlich anders», jubelte der «Stern», während der «Spiegel» in ihr «Die Frau für alle Fälle» erkannte –,



Kritik an Annalena Baerbock grenzt für manche Grüne an Majestätsbeleidigung.

STEFFI LOOS / GETTY

sind dabei nicht einmal das Kurioseste an diesem Phänomen. Auffällig ist vielmehr, mit welchem Eifer Kritik an den Grünen verhindert und abgeblockt werden soll. «Wie kommen Sie dazu, dass Frau Baerbock nicht gebildet ist?», so belehrte die ARD-Redaktion auf Twitter einen Zuschauer, der an der Qualifikation der Kanzlerkandidatin zweifelte. «Schauen Sie sich die Ausbildung der Frau an. Wenn das keine Bildung ist.»

Mediale Unterstützerbrigade

Als kürzlich wieder einmal Vorwürfe aufkamen, die Grünen seien eine Planwirtschafts- und Verbotsparterie, waren bei der DPA und der ARD umgehend Faktenfinder zur Stelle, die diese Vorwürfe als Wahlkampfretorik brandmarkten und sie als «falsch» und «ungenau» einstuften. Wenn andere Parteien ebenfalls von solchen Faktenchecks profitieren würden, wäre daran nichts auszusetzen – allerdings hat noch niemand geprüft, ob die FDP wirklich eine asoziale Kaputtsparepartei ist oder ob die CDU wirklich eine «neoliberale Brille» aufhat, wie die «Süddeutsche» einmal behauptete.

Selbst wenn sich Grüne hoffnungslos verrennen und verheddern, steht in den Leitmedien stets eine Unterstützerbrigade bereit, die Kritik als ungerechtfertigt, frauenfeindlich, «perfid» und «rechts» brandmarkt. Zu beobachten war das, als die Grünen-affine Autorin Carolin Emcke am grünen Parteitag erklärte, Klimaforscher drohten künftig wie Juden und Kosmopoliten ausgegrenzt zu werden. Oder als Blogger und Plagiatsjäger die ersten Unstimmigkeiten in Annalena Baerbocks Lebenslauf aufdeckten: Statt zu recherchieren, wurde die Integrität der Absender infrage gestellt.

Bis heute ist in deutschen und schweizerischen Medien zu lesen, dass Annalena Baerbock vor allem deshalb kritisiert werde, weil man sie als «Angriff auf etablierte Machtstrukturen» («Süddeutsche») betrachte oder weil «man»

verhindern wolle, «dass eine Frau an der politischen Führungsspitze tatsächlich zur Normalität wird». So zumindest drückte es kürzlich eine Expertin im WDR aus, die – was die Zuschauer nicht erfuhr – für die grüne Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet.

Angesichts dieser medialen Vorkzugsbehandlung erstaunt es nicht, wenn manche Grüne Kritik an ihrem Personal und an ihren Zielen noch mehr als andere Parteien als Hetze und Majestätsbeleidigung betrachten. Und es ist kaum ein Zufall, dass Anhänger der Grünen laut einer jüngst publizierten Allensbach-Studie am wenigsten Probleme mit dem gegenwärtigen Meinungsklima in Deutschland haben: Sie sehen ihre Meinung und ihre Sympathien in den Medien derart oft bestätigt, dass sie diese für mehrheitsfähig halten.

«Richtige Schlagzeile lautet . . .»

In diesem Meinungsklima halten sich grüne Parteigängerinnen für berechtigt, den öffentlichrechtlichen Sendern inhaltliche Direktiven zu geben. Als die ARD-«Tagesschau» erstmals über «Plagiatsvorwürfe gegen Baerbock» berichtete, schrieb die Europaabgeordnete Hannah Neumann auf Twitter: «Die richtige Schlagzeile lautet: «Schutzkampagne gegen Baerbock», liebe ARD.» Die «lieben Journalist*innen» erinnerte sie daran, dass «wir» jetzt eine «Verantwortung für den demokratischen Diskurs» hätten, «gerade nach Trump, gerade jetzt».

Politiker, die Journalisten als Kollektiv und im Namen eines Kollektivs ansprechen, halten in der Regel nicht viel von unabhängigen Medien. Vielmehr glauben sie, die Medien müssten sich in den Dienst ihrer Sache stellen. Wenn diese Sache durch kritische Berichte gefährdet wird, gibt es ihrer Meinung nach auch nichts zu berichten, zumal es, wie Journalisten in solchen Fällen stets zu hören bekommen, viel wichtigere Probleme gebe, welche die Leser «wirklich» interessierten.

Derartige Beeinflussungs- und Zensurversuche gibt es auf allen politischen Ebenen und von allen politischen Parteien. Ebenso gibt es Grüne, die solche Methoden ablehnen. Jene Grünen aber, die sich für befähigt halten, das Klima, den Planeten, den Feminismus und die Menschheit zu retten, sehen sich offensichtlich noch mehr als andere dazu berechtigt, mediale Kritiker wie Feinde und Saboteure zu behandeln. Entsprechend darf man sie in trumpscher Manier gängeln und via Twitter als «rechte Trolle» diffamieren.

Der Bundesrat soll eingreifen!

Das passt schlecht zu einer Bewegung, deren Vertreter sonst bei jeder Gelegenheit über Angriffe auf die Pressefreiheit klagen und sich als Kämpfer gegen Hate-Speech inszenieren. Dass diese autoritären Reflexe mehr mit Ideologie als mit wahlkämpferischer bedingter Nervosität zu tun haben, zeigt sich auch in der Schweiz. Auch hier haben einzelne links-grüne Aktivistinnen und Politiker gerade eine Hasskampagne gegen die Tamedia-Journalistin Michèle Binswanger mit Tweets und Likes unterstützt, die vom Linksaussen-Medium «Megafon» unter fadenscheinigen Begründungen losgetreten wurde.

Gleichzeitig lobbyieren Grüne wie die Berner Nationalrätin Aline Tredé für eine staatliche Medienförderung, genauer gesagt für Medien, die direkt vom Staat gesponsert werden. Subventioniert würden damit zahlreiche Projekte, die den Grünen politisch passen. Und wie Tredé in einer Anfrage im Nationalrat deutlich machte, leitet sie aus staatlicher Unterstützung ein Recht auf politische Interventionen in den Redaktionen ab. So forderte sie den Bundesrat auf, bei der mit Corona-Geldern unterstützten TX-Gruppe für Frauenquoten und mehr Diversity zu sorgen. Die redaktionelle Unabhängigkeit ist offenbar eine genauso verhandelbare Erzungenschaft wie die Pressefreiheit und der Respekt vor Journalistinnen, die einfach nur ihren Job machen.

UKW muss bleiben – vorerst

Abschaltung tangiert Grundrechte

URS SAXER

Als die SRG 2019 das digitale Antennenfernsehen abschaltete, nutzten noch etwa zwei Prozent der Bevölkerung diese Empfangsmöglichkeit. Kein Wunder, dass dieser aus Kostengründen erfolgte Schritt kaum Wellen schlug. Ganz anders sieht es beim aktuellen Plan des Bundes aus, die Verbreitung von Radioprogrammen über UKW einzustellen – und ganz auf DAB+ zu setzen. Spät, dafür umso lauter begann sich unter der Führung des Radiopioniers Roger Schawinski der Widerstand zu formieren. Auch jetzt sind es Kosten, die eingespart werden können. Allerdings geht es dieses Mal um ein rege genutztes Angebot. Laut Angaben des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom) wird Radio immer noch zu 25 Prozent über UKW konsumiert, 13 Prozent der Nutzer hören ausschliesslich via UKW mit.

Voreilig auf DAB+ gesetzt

DAB+ ist zwar der meistgenutzte Empfangsweg, kommt aber nur auf einen Anteil von 41 Prozent. Der Rest der Nutzung erfolgt über das Internet oder über Digital-TV. Der Bundesrat hat bereits 2006 beschlossen, mittelfristig auf die digitale Radioverbreitung umzustellen. Entsprechend hat er die DAB-Technologie finanziell gefördert. Die meisten Privatradios haben sich 2020 mit der SRG über eine Abschaltung von UKW geeinigt. Gemäss dieser Abmachung sollen die SRG im August 2022 und die privaten Veranstalter spätestens im Januar 2023 die UKW-Verbreitung einstellen. Die SRG braucht allerdings noch die Zustimmung des Bakom. Dieses hat zu prüfen, ob die Versorgung der Öffentlichkeit gewährleistet bleibt.

Die UKW-Verbreitung ist unbestrittenermassen ein Auslaufmodell, strittig ist aber das Verfalldatum. Dies hängt auch von der weiteren technologischen Entwicklung der mobilen Kommunikation ab. Die Radioveranstalter, seien es die SRG-Sender oder die Privaten, wollen auf jeden Fall nicht mehr in UKW investieren und keine doppelte Infrastruktur finanzieren. Nur: Ist DAB+ wirklich die Technologie mit Zukunft?

Wer denkt ans Publikum?

Vieles spricht dafür, dass längerfristig die Verbreitung über mobiles Internet die Regel sein wird. Dies könnte ein Grund dafür sein, die Entwicklung abzuwarten. Kritisiert wird die baldige Abschaltung auch wegen der Umstellungskosten für die Nutzer, dem möglichen Verlust von Hörerschaft sowie der erschwerten Erreichbarkeit für Verkehrsmeldungen.

Besonders ins Gewicht fällt, dass von der Abschaltung mehr als eine Million Menschen betroffen sind. Ist an diese gedacht worden? Wohl kaum sehr intensiv, aber dies zu Unrecht. Das Radio- und Fernsehgesetz garantiert in Artikel 66 die Empfangsfreiheit. Demnach ist jede Person frei, die an die Allgemeinheit gerichteten Programme zu empfangen. Diese konkretisiert die in der Bundesverfassung geschützte Informationsfreiheit, hat also die Qualität eines Grundrechts. Die Freiheit des Empfangs nützt jedoch nichts, wenn die Technologie diesen verunmöglicht. Dies hat auch der Bund zu beachten, insbesondere bei der SRG, die einen Auftrag für die Grundversorgung der Bevölkerung hat. Daher müsste die SRG eigentlich zuletzt die UKW-Verbreitung einstellen. Das jedoch ist für die privaten Veranstalter nicht akzeptabel, weil sie das UKW-Feld – auch vorübergehend – nicht der SRG überlassen wollen.

Mit der UKW-Abschaltung werden die Rechte eines wesentlichen Teils des Publikums zu wenig beachtet. Die Nutzer sollten weiterhin entscheiden können, welchen Kanal sie bevorzugen. Dies alles spricht dafür, mit dem Abschalten von UKW einige Jahre zu warten. Da gibt es allerdings noch die Kostenfrage. Jene privaten Sender, die weiterhin UKW nutzen wollen, sollten eine Kompensation erhalten, sofern sie einen regionalen Service public erbringen.